



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 30. Mai 2013 68. Jahrgang/Nr. 123 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Rettet die EU!

Von Uwe Sattler

Seit ihrer Gründung ist die EU ein permanentes Konfliktmanagement. Die Streitigkeiten zwischen ihren Mitgliedern um Landwirtschaftssubventionen oder die Regionalförderung, um staatliche Beihilfen oder die Zahl aufzunehmender Immigranten sind Legende. Über Jahrzehnte hat dieser Mechanismus funktioniert: Die Großen setzen ihre (Wirtschafts-)Interessen durch und stellen die Kleinen, die kaum eine andere Wahl haben, mit mehr oder weniger großen Vergünstigungen ruhig. Die EU ist der Rahmen, mit dem in erster Linie das starke Deutschland den politischen und wirtschaftlichen Kurs diktiert. Das ist die Regierbarkeit, die Günther Oettinger nun nicht nur in den südlichen Mitgliedsländern gefährdet sieht – und die eigentliche Krise der EU.

Das System gerät ins Wanken, wenn zu dem Grundübel wie in den letzten Jahren weitere schwere Verwerfungen kommen und die Schwächeren den Vorgaben nicht mehr folgen können oder wollen. Ein Krisentreffen jagt das nächste, ohne dass wirkliche Lösungen gefunden werden. Da liegt der Ruf nach noch drastischeren Maßnahmen nahe: Das »Gutmenschentum« solle abgeschafft, der Sozialabbau in allen Ländern forciert werden, meint der EU-Kommissar. Und Deutschland müsse endlich europaweit die Zügel anziehen, statt sich mit solchen Fragen wie Mindestlöhnen zu beschäftigen.

Oettingers Vorstoß hilft nicht, aber er belegt: Die EU ist schlecht, kann aber noch weit schlechter – spricht neoliberaler – werden. Ein anderes Europa ist Zukunftsmusik. Heute geht es wohl zuerst darum, die EU vor Oettinger & Co. zu retten.

Unten links

Jahrelang hat ein Mann mit einem Bleistift im Kopf gelebt, bis er es vor Schmerzen nicht mehr aushielt und eine Operation ihn von diesem Dilemma befreite. Der Patient kann von Glück sagen, er ist jetzt 24 und verfügt immerhin über ein freies Haupt, in dem viel Platz für Neues, Besseres ist. Das kann nicht jeder von sich sagen. In manchen Köpfen haben sich Flausen, Rosinen, Grillen, Scheren oder gar Stroh eingenistet, bei Politikern wie Schäuble oder Merkel kann man nach der Sache mit dem Mann und dem Stift vermuten, dass sie sich in der Schulzeit beim Herumtoben versehenlich einen Rotstift in die Nase stießen. Besonders zur Kanzlerin würde das passen, denn Rotstifte waren ja wahrscheinlich Pflicht in der Ostschule, oder? Das würde die verdammte Streichwut erklären, die beide zuweilen befällt. Aber bei allem sind immer die Proportionen wichtig. Politik ganz ohne Rosinen oder Rotstift wäre langweilig. Und lieber eine kleine Schere in der Rübe als vollkommen kopflos. *ott*

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Wahrheiten ausgepackt

Journalist enthüllt Klima der Einschüchterung beim Online-Händler Amazon



Berlin (nd). Es wird immer ungemütlicher für den US-Internetriesen Amazon. Gestern wurde eines der Logistikzentren in Deutschland erneut von mehreren hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestreikt. Und in Frankreich führen die Enthüllungen des Journalisten Jean-Baptiste Malet über Einschüchterung am Arbeitsplatz zu Kritik.

Die Beschäftigten in Deutschland fordern gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di einen Tarifvertrag nach den Konditionen der Handels- und Versandbranche. Amazon stellt sich

bisher stur, »aus der Geschäftsführung gibt es kein Signal«, sagte ver.di-Gewerkschafterin Mechthild Middeke gegenüber »nd«. Die Unternehmensleitung verweist stattdessen darauf, dass sich der Konzern bereits an den Löhnen der Logistikbranche orientiere. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld gibt es nicht, Nachtarbeitszuschläge erst ab Mitternacht.

Bereits zu Jahresbeginn war massive Kritik am Umgang des Unternehmens mit seinen Leiharbeitern laut geworden. Wie Saisonkräfte behandelt werden, hat der Journalist Malet bei

seinen Recherchen am eigenen Leib erfahren. Der Reporter hatte sich von einer Leiharbeitsfirma an den Amazon-Standort im südostfranzösischen Montélimar vermitteln lassen. Sechs Wochen lang suchte er als »Picker« Bestellungen während des Weihnachtsgeschäfts zusammen. Im nd-Interview berichtet er, den Mitarbeitern werde ein Gemeinschaftsgefühl vorgegaukelt, »doch in Wirklichkeit geht es um knallharte Ausbeutung«.

Seite 3 nd-Foto

Suizid in Flüchtlingslager

Eisenhüttenstadt: 20-Jähriger aus Tschad erhängt sich vor Abschiebung

Von Jörg Meyer

Geflüchtete in Eisenhüttenstadt wollen gegen ihre Situation und Behandlung demonstrieren.

Ein 20-jähriger Mann aus Tschad hat sich am frühen Dienstagabend in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt das Leben genommen.

»Der junge Mann war etwas über zwei Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung. Das ist noch im Rahmen«, sagt Ingo Decker, Sprecher des Innenministeriums, gegenüber »nd«. Das Problem sei, dass die Zahl der Asylsuchenden stark gestiegen sei und man mit der Bearbeitung der Asylanträge nicht hinterherkomme. »Es ist der erste tragische Vorfall dieser Art in Eisenhüttenstadt«, sagt Decker. Man sei sich bewusst, dass

die Situation in der Einrichtung, die sich an der Grenze ihrer Aufnahmekapazität befindet, schon seit längerem schwierig sei. Aber er werde sich nicht an Spekulationen über den Grund des Suizids beteiligen. »Wir kennen die Hintergründe nicht.«

Freunde und Berater von außen hätten berichtet, Juma A. sei kaum noch aus seinem Zimmer gekommen und habe psychische Probleme gehabt, schreibt der Flüchtlingsrat Brandenburg. »Wir fordern seit Jahren ein Verfahren, in dem psychologische Bedarfe von traumatisierten Flüchtlingen ermittelt werden«, sagt Dorothea Lindenberg vom Flüchtlingsrat – bisher ohne Ergebnis.

Nach nd-Informationen war Juma A. aus dem diktatorisch geführten Tschad geflüchtet, weil er dort Angst um sein Leben hatte. Über Italien war er nach Deutschland eingereist und sollte am Mittwoch nach Italien abgeschoben werden.

Vor 20 Jahren brannte das Haus der Familie Genç in Solingen Seite 5

»Juma war nicht traumatisiert«, sagt Mohammed Asif Syed, der ihn aus Eisenhüttenstadt kannte. Er habe seinen Suizid angekündigt, als die Abschiebung feststand. Seine Freunde im Lager wollten ihn davon abbringen. »Der Druck vor der Abschiebung war zu hoch. Man wird nach Italien abgeschoben, von dort nach Ungarn, und wohin dann?«, sagt Syed.

Mit der Dublin-II-Verordnung soll in der EU verhindert

werden, dass ein Asylbewerber mehrere Anträge stellt. Danach war Italien für A. »zuständig«. Doch »Dublin II« steht in der Kritik, weil es häufig zu Kettenabschiebungen führt, die im Verfolgerstaat enden, kritisiert Pro Asyl und fordert seit Jahren eine Abkehr von dem Verfahren.

Zu seinem Zimmernachbarn habe Juma A. am Dienstagmittag gesagt, er komme gleich nach zum Essen, erzählte Syed. Eine Stunde später fand ihn der Zimmernachbar leblos vor.

Flüchtlinge, Menschenrechtsorganisationen und Unterstützerguppen rufen für den 3. Juni zu einer Demonstration nach Eisenhüttenstadt auf. Die Forderungen lauten einmal mehr: Abschaffung der Residenzpflicht sowie Stopp der oft tödlichen Abschiebep Praxis.

Wie für junge Leute aus Griechenland ein Theaterprojekt zum Anker in der Fremde wird



EU-Kommission verzichtet auf Geldbußen

Energiekommissar Oettinger für Polemik zur Krise kritisiert

Berlin (nd-Herzberg). Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und anhaltender Rezession will die EU-Kommission vielen Mitgliedsstaaten mehr Zeit zum Sparen geben. Das ist das Ergebnis der jährlichen Überprüfung der Budgetpläne, die die EU-Kommission am Mittwoch in Brüssel vorstellte. Danach soll u.a. das hoch verschuldete Italien aus dem Defizitverfahren entlassen werden. Spanien, Portugal, Slowenien und andere sollen verlängerte Fristen erhalten, um die Maastrichter Grenze von drei Prozent einzuhalten. Bei Zustimmung der EU-Finanzminister rücken Geldbußen damit in weite Ferne.

Das EU-Europa von der Überwindung der Wirtschafts- und sozialen Krise weit entfernt ist, stellte auch Energiekommissar Günther Oettinger in einer Rede vor der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Brüssel fest. Laut einem Bericht der »Bild«-Zeitung vom Mittwoch nannte er den Kontinent einen »Sanierungsfall«. Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, führe sich Europa als »Erziehungsanstalt« für den Rest der Welt auf. »Selbstverständlich ist Europa ein Sanierungsfall – das ist aber auch schon fast alles, wo ich Herrn Oettinger Recht geben würde«, kommentierte der EU-Abgeordnete Jürgen Klute (LINKE) diese Äußerungen gegenüber »nd«. Von »Gutmenschentum« könne nicht die Rede sein, »wenn in Ländern wie Griechenland und Portugal eine brutale Kürzungspolitik durchgesetzt wird, die buchstäblich Menschenleben gefährdet«.

Deutsche Gewerkschaften und Wissenschaftler wiesen ebenfalls gestern auf die »immer beunruhigender« werdende Lage in Europa hin. Viele Länder würden in die Rezession zurückrutschen, »ohne dass die Folgen der Krise von 2008 auch nur im Ansatz überwunden wären«, heißt es in einer Sympathie-Erklärung für den europäischen Alternativ-Gipfel Alter Summit, der am nächsten Wochenende in Athen stattfinden wird.

KURZ

Austausch vereinbart

Berlin (dpa). Deutschland und die USA arbeiten im Kampf gegen Steuerbetrug enger zusammen. Das Bundeskabinett billigte am Mittwoch ein Abkommen zur Förderung der Steuerhelferkräfte bei internationalen Transfers. Danach verpflichten sich beide Länder, von ihren Finanzinstituten regelmäßig Daten zur Besteuerung zu erheben und automatisch auszutauschen.

Buhrow wird WDR-Intendant

Köln (dpa). Der Rundfunkrat des WDR hat Tom Buhrow zum neuen Intendanten gewählt. Der Tagesthemen-Moderator erhielt am Mittwoch 41 von 47 Stimmen und wird stärkster Mann beim Westdeutschen Rundfunk.

Attentäter getötet

Basarak (AFP). Afghanische Sicherheitskräfte haben gestern in der Provinz Pandschir sechs Angreifer getötet. Die in Polizeiuniformen gekleideten Attentäter stürmten am Morgen das Büro des Provinzgouverneurs, woraufhin die Sicherheitskräfte die Angreifer erschossen, wie ein Gouverneurssprecher mitteilte. Einem Attentäter sei es gelungen, sich in die Luft zu sprengen. Ein Polizist sei getötet worden.

US-Drohnenangriff

Islamabad (dpa). Beim ersten US-Drohnenangriff seit der Wahl in Pakistan vor knapp drei Wochen sind einem Medienbericht zufolge mindestens sechs mutmaßliche Extremisten getötet worden.